

## **Rede von Kurt Bunke zum Welttag der Geflüchteten am 20. Juni 2025 in Marburg**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

der Cölber Arbeitskreis Flüchtlinge, abgekürzt CAF, für den ich spreche, ist ein Dorf-Verein. Das ist unsere Stärke und zugleich unsere Schwäche. Migrationspolitik wird auf nationaler und europäischer Ebene gemacht. Auf uns allein gestellt können wir da wenig ausrichten. Aber auf örtlicher Ebene sieht es ganz anders aus. Wir kennen unsere Nachbarinnen und Nachbarn und wir kennen die Menschen, die ihre Fluchtgeschichte zu uns führt. Alle von uns stecken in vielfältigen Bezügen. Ich möchte auf zwei Themen eingehen, mit denen wir immer wieder im Alltag konfrontiert werden. Aber lasst mich mit einem Zitat beginnen:

**„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.“**

Das Zitat stammt aus Bertolt Brechts Flüchtlingsgesprächen, und die finden zwischen dem Physiker Ziffel und dem Metallarbeiter Kalle im finnischen Helsingfors statt. Beide mussten vor dem nationalsozialistischen Terror aus Deutschland fliehen. Über Jahrzehnte hätten wir alle Stein und Bein darauf geschworen, dass es bei Menschen auf der Flucht in erster Linie um Menschenrechte geht. Visa und Pässe sind zweitrangig. Doch es ist anders gekommen. Junge Geflüchtete in unserer Region können noch so gut in der Schule sein, das deutsche Sprachdiplom bestehen, im Sport um die deutsche Meisterschaft kämpfen und einen Ausbildungsplatz in absoluten Mangelberufen haben, die entscheidende Frage der hessischen Behörden lautet: „Wo sind euer Pass und euer Visum?“

Und wenn diese Dokumente aus welchen Gründen auch immer nicht sofort zur Stelle sind, dann heißt die Entscheidung immer öfter: Freiwillige Ausreise innerhalb der nächsten sechs Wochen oder Abschiebung. Auf diese Weise verlieren wir in Mittelhessen gerade eine angehende Altenpflegerin, eine Krankenpflegerin mit Ausbildungsvertrag, einen Medizintechnologen für Radiologie, einen deutschen Mannschaftsmeister im Boxen, einen Maler und Lackierer und eine Realschülerin mit gymnasialer Eignung. Die Liste ist nicht vollständig.

Der CAF war und ist immer in vorderster Reihe zu finden, wenn es um das Bleiberecht für diese jungen Menschen geht. Von den CDU-SPD-Koalitionen in Berlin und Wiesbaden fordern wir eine demokratische Wende: Stoppt Sie diese ausufernden Abschiebungen! Eine möglichst große Zahl von Abschiebungen ist kein Qualitätsmerkmal einer demokratischen Migrationspolitik. Junge Menschen müssen ihre Zukunft gestalten dürfen. Unsere Handwerksmeister brauchen klare Zukunftsperspektiven, wenn sie junge Geflüchtete einstellen. Unsere Schulen sollen nicht vergeblich gearbeitet haben, wenn sie in Intensiv- und INTEA-Klassen in kürzester Zeit Deutschkenntnisse vermitteln. Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen, nicht die Frage, wie wir sie möglichst schnell loswerden.

Unser strategisches Ziel muss ganz anders lauten, nämlich friedliches Zusammenleben von Alteingesessenen und neu Zugezogenen in Frieden und sozialer Sicherheit. Daran orientieren wir uns. Vor einem Jahr haben wir anlässlich der drohenden Abschiebung eines jungen Auszubildenden im Maler- und Lackiererhandwerk die Beschaffung eines Transparents beschlossen. Es trägt die Aufschrift „Ausbilden statt Abschieben!“, und es gehört zu unserer politischen DNA.

Und ein weiteres Merkmal dieser DNA möchte ich erwähnen, nämlich Artikel 6 unseres Grundgesetzes. Dort steht: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“

Ihr werdet ahnen, worauf ich hinaus will. Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär schutzbedürftige Menschen ist für uns ein absolutes No Go! Subsidiär schutzbedürftig ist ja nicht irgendein juristischer Begriff. Er wird auf Zehntausende angewendet, denen zum Beispiel in Syrien Bomben ganz unterschiedlicher Kriegsparteien auf den Kopf gefallen sind und die Terror und Vergewaltigung durch marodierende Banden erdulden mussten. Manche dieser Banden stilisieren sich selbst zu besonders gläubigen Gotteskriegern. Deutsche Behörden und Gerichte wenden auf sie häufig den verharmlosenden Begriff „Konfliktpartei“ an. Mit einer Konfliktpartei kann man sich arrangieren. Kommt Zeit kommt Rat, Familienangehörige bleiben am besten dort, wo sie sind. Aber was soll eine syrische Oma sagen, die durch den Terror einer selbsternannten Partei Gottes von ihren Kindern und Enkeln getrennt worden ist und die jetzt durch Anweisung dem Parteinamen nach christlicher Innenminister auf unbestimmte Zeit von ihnen getrennt bleiben soll? Meint ihr, sie singt das hohe Lied der westlichen Wertegemeinschaft? Oder kommt sie nicht viel eher zur verheerenden Einschätzung: „Ein Sack, ein Pack!“?

Im Interesse der Menschenrechte werden wir unsere Parolen auch weiterhin auf die Straße tragen müssen: Ausbilden statt Abschieben für junge Menschen, Familiennachzug sofort wieder ermöglichen für alle, die von ihren Angehörigen getrennt sind. Ich danke euch.